

Ressort: Finanzen

DIHK will "Beschäftigungsvorbehalt" für Koalitionsvertrag

Berlin, 22.11.2013, 00:13 Uhr

GDN - Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) hat Union und SPD aufgefordert, in ihrem Koalitionsvertrag nur beschäftigungsfördernde Maßnahmen zu beschließen. In der "Bild-Zeitung" (Freitagausgabe) sprach sich DIHK-Präsident Eric Schweitzer für einen entsprechenden "Beschäftigungsvorbehalt" aus.

"Wir brauchen im Koalitionsvertrag neben dem richtigen Finanzierungsvorbehalt ganz dringend zusätzlich einen Beschäftigungsvorbehalt. Politik, die Arbeitsplätze kostet, ist die teuerste Politik überhaupt", sagte Schweitzer der Zeitung. Die Koalitionäre müssten deshalb zusagen, dass sie nur Maßnahmen beschließen, die Beschäftigung sichern. Schweitzer warf Union und SPD vor, die bisher diskutierten Pläne zu höheren Sozialausgaben gingen "zulasten der Beschäftigung". Sie seien zugleich eine Hypothek für die junge Generation.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-25576/dihk-will-beschaeftigungsvorbehalt-fuer-koalitionsvertrag.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619